

Kyoto und das Bali-Mandat: Was die Welt tun muss, um den Klimawandel zu bekämpfen

Der Klimawandel ist ohne jeden Zweifel die größte Umweltbedrohung, der unser Planet Erde heute ausgesetzt ist. Dem dreiteiligen, vom Weltklimarat IPCC im Lauf des Jahres 2007 veröffentlichten, Klimasachstandsbericht zufolge sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits spürbar. Am spürbarsten sind Auswirkungen in den ärmsten Ländern der Welt, die sich am wenigsten daran anpassen können und historisch betrachtet die geringste Verantwortung für den Klimawandel haben. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau so weit wie möglich unter 2° C zu begrenzen und die verheerendsten Folgen des Klimawandels zu vermeiden, muss sofort gehandelt werden.

In den IPCC-Berichten heißt es auch, dass unsere Anstrengungen „in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten ... eine starke Auswirkung auf die Möglichkeiten zur Erreichung niedrigerer Stabilisierungsziele haben“ werden. Mit anderen Worten: Wir müssen jetzt handeln. Die Zeit arbeitet gegen uns. Wenn wir den Temperaturanstieg unter 2° C halten wollen, **müssen die Emissionen weltweit 2015 ihren Höchststand erreicht haben und dann bis 2050 um mindestens 50 Prozent gesenkt werden (Referenzjahr 1990)**. Das bedeutet, dass die Industrieländer ihren Ausstoß bis 2020 um mindestens 30 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent senken müssen.

Noch ist es möglich, den globalen Temperaturanstieg unter 2° C zu halten

Aus technischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht ist es noch immer möglich, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2° C zu halten. Allerdings dauert es nur noch ein oder zwei Jahrzehnte, bis wir uns dieser Möglichkeit mit den bekannten Techniken berauben.

Es hätte schwerwiegende Folgen, wenn wir den Prozess der Emissionssenkung verzögerten. In diesem Fall würden wir in den 2020er Jahren einen ernsthaften globalen Notstand erleben, der die Senkung des Treibhausausstoßes in einem Ausmaß erforderlich machen würde. Solch ein drastischer Rückgang war bislang in der Vergangenheit nur mit einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu erreichen, etwa dem der Sowjetunion. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir vor die Wahl gestellt werden zwischen einer wirtschaftlichen Katastrophe und einer Klimakatastrophe – sehr wahrscheinlich würde sich in diesem Falle nämlich beides ereignen. Allerdings haben wir eine gute Chance, das zu verhindern, indem wir **jetzt handeln**.

Die Industrieländer müssen zuerst handeln

Aus moralischer, rechtlicher und praktischer Sicht muss die Last der Emissionssenkung zunächst den Industrienationen zufallen. Auf Seiten der Industrieländer ist bis 2020 eine Minderung von mindestens 30 Prozent gegenüber der Marke von 1990 (dem Referenzjahr für das Kyoto-Protokoll) erforderlich, wobei bis zur Jahrhundertmitte eine mindestens 80-prozentige Senkung angestrebt werden muss. Es muss jedoch ein gerechtes Instrument gefunden werden, mit dem die sich rasch industrialisierenden Länder in der nahen Zukunft in die Anstrengungen zur Emissionsminderung eingebunden werden.

Obwohl der Klimawandel global endlich ins Zentrum des Interesses gerückt ist und zwischen den ASEAN-, APEC- und G8-Staaten sowie auf Konferenzen wie dem UN-Gipfel zum Klimaschutz diskutiert wird, werden diese Diskussionen nicht dringlich genug geführt und entwickeln in

Hinblick auf die entscheidenden UN-Klimaverhandlungen, die im Dezember dieses Jahres im indonesischen Bali stattfinden werden, keine hinreichende Dynamik. Was in diesen Verhandlungen vereinbart werden muss, ist ein **Bali-Mandat**, das die Ziele, den Inhalt, den Ablauf und den Zeitplan für die bis 2009 abzuschließenden Verhandlungen für die nächste Stufe der internationalen Maßnahmen gegen den Klimawandel festschreibt.

Das Bali-Mandat

Ein starkes Mandat in Bali ist der entscheidende Schritt hin zu Verhandlungen über grundlegende Vereinbarungen, die dazu führen, dass die Emissionen 2015 ihren Höchststand erreichen. Ohne diesen Schritt kann sich die Welt nicht darauf verlassen, dass die internationale Gemeinschaft dieses Problem ernsthaft angeht.

Wenn wir einen gefährlichen Klimawandel verhindern beziehungsweise uns ihm nicht ausliefern wollen, muss das Bali-Mandat ehrgeizige Ziele setzen. Es muss die Parameter für Verhandlungen in den Jahren 2008 und 2009 festlegen, die die Länder der Erde auf den Weg bringen, den Temperaturanstieg so weit als möglich unterhalb der 2° C-Marke zu halten. Dafür ist es erforderlich, dass über die Emissionsgrenzen und Maßnahmen, die unter dem Bali-Mandat verhandelt werden, Folgendes erreicht wird:

- **Der Treibhausgasausstoß muss weltweit 2015 den Höchststand erreichen, und die Welt muss auf den Weg gebracht werden, die weltweiten Emissionen bis 2050 im Vergleich zum Niveau von 1990 zu halbieren; *zudem müssen sich***
- **die Industrieländer verpflichten, als Gruppe bis 2020 die Emissionen um mindestens 30 Prozent zu senken (Referenzjahr 1990) und die Dekarbonisierung bis 2050 praktisch abzuschließen (Reduktion von über 85 Prozent).**

Neuste Studien haben gezeigt, dass das Klima noch extremer auf die prognostizierte Zunahme der Treibhausgase reagieren könnte als bisher angenommen. Wir müssen noch schneller handeln und noch umfassendere Maßnahmen ergreifen, wenn wir den Schaden, der bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von 2° C zu erwarten ist, verhindern wollen. Das bedeutet, dass wir es uns jetzt zum Ziel setzen müssen, die Treibhausgase in der Atmosphäre zunächst auf einem Niveau unterhalb von 400 ppm zu stabilisieren und dieses Niveau so schnell wie möglich abzusenken.

Gemäß den Prinzipien der historischen Verantwortung und der Gleichheit, müssen die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen und den Treibhausgasausstoß beträchtlich senken. Gleichzeitig muss ein Weg gefunden werden, wie die Länder, die sich momentan rasch industrialisieren, in naher Zukunft in die Bemühungen um eine Minderung des Ausstoßes eingebunden werden können.

- **Es müssen mehr Länder in den Kyoto-Emissionshandel einbezogen werden. Dies bedeutet, dass mehr neu industrialisierte Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wie Südkorea, Singapur und Saudi-Arabien dem Kyoto-System beitreten und sich für den nächsten, 2013 beginnenden Verpflichtungszeitraum verbindliche Emissionsgrenzen setzen sollten.**

Um die Welt auf den Weg zu bringen, bis 2050 weltweit die Emissionen um 50 Prozent zu senken, müssen sich mehr Länder als derzeit verbindlich zur Senkung des Treibhausgasausstoßes verpflichten. Die aktuelle Liste der Länder, die Verpflichtungen eingegangen sind, sollte nicht als in Stein gemeißelt betrachtet werden. Es gibt eine Reihe

von Ländern, die mindestens so wohlhabend sind wie diejenigen, die bereits auf der Liste stehen, und die sich der Fairness halber nach 2012 verbindliche Ziele setzen sollten.

- **Neue Marktmechanismen sollen für sich rasch industrialisierende Länder mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen wie China, Brasilien, Indien und Südafrika Anreize schaffen, am Kyoto-Emissionshandelssystem teilzunehmen (indem sie sich zu sektoralen oder anderweitig quantifizierten Maßnahmen zur Begrenzung und / oder Senkung des Treibhausgasausstoßes verpflichten, beispielsweise auf dem Stromsektor).**

Diese Mechanismen müssen auf die unterschiedlichen Verhältnisse in diesen Ländern mit mittlerem Einkommen zugeschnitten sein, aber allesamt zusätzliche Maßnahmen vorsehen; Maßnahmen, die ohnehin durchgeführt worden wären, dürfen nicht mit Zertifikaten belohnt werden. Diese Länder sollten sich aktiv in die Entwicklung solcher Mechanismen einbringen und in ihre Umsetzung eingebunden werden.

- **Der zweite Kyoto-Verpflichtungszeitraum muss so gestaltet sein, dass es einem Entwicklungsland möglich ist, mittels einer nationalen Verpflichtung zur Emissionsmengenbeschränkung dem internationalen Emissionshandel beizutreten, wenn es dies wünscht.**

Dies würde es einem Entwicklungsland erlauben, freiwillig ein nationales Ziel zur Emissionsminderung auszuhandeln. Danach wäre es qualifiziert, dem internationalen Emissionsrechtehandel beizutreten.

- **Ein umfassender Mechanismus für die Anwendung sauberer Technologien sollte die Umstellung der Entwicklungsländer auf saubere und effiziente erneuerbare Techniken zum Ziel haben.**

Entwicklungsländer brauchen Hilfe, um bei der Industrialisierung den Pfad eines geringen CO₂-Ausstoßes zu beschreiten. Entscheidend sind das Vorhandensein von Ressourcen und Technologien aus den industrialisierten Ländern sowie die Bereitschaft und Fähigkeit der Entwicklungsländer zum Handeln. Um die Entwicklungsländer als Gruppe in die Lage zu versetzen, einen Beitrag zu den globalen Bemühungen zu leisten, sind neue und effektive Formen der Kooperation und der Anwendung sauberer Techniken sowie eine Finanzierung mit festen Zielen und Regularien erforderlich.

- **Über einen Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung soll die Entwaldung innerhalb der nächsten 15 Jahre im ausreichenden Ausmaß und mit angemessenen Geldmitteln zurückgefahren werden. Die Senkung der Emissionen aus dem Schutz der Wälder muss über die Minderung des industriellen Treibhausgasausstoßes hinaus geschehen.**

Die tropischen Regenwälder enthalten bis zu 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs und spielen eine gewichtige Rolle für die Abfederung der zunehmenden Klimaschwankungen. Der Kampf gegen die Entwaldung muss eine zentrale Komponente der nächsten Phase des Kyoto-Protokolls sein. Die Finanzierung für diesen Mechanismus muss an die Verpflichtungen von Industrieländern zur Emissionssenkung geknüpft werden. Die daraus resultierende Reduzierung muss zusätzlich zu den angestrebten Emissionssenkungen aus fossilen Kraftstoffen in den Industrieländern geschehen. Die

Welt braucht eine Senkung der Emissionen sowohl aus fossilen Kraftstoffen als auch aus der Entwaldung, um deutlich unter einem Anstieg der globalen Temperatur von 2° C zu bleiben.

Die Rechenschaft für die Emissionsminderung aus der Entwaldung darf nicht bei Projekten, sondern muss auf nationalem Niveau angesiedelt sein. Ein Projekt, das im einen Teil eines Landes die Entwaldung verlangsamt, könnte sonst in anderen Landesteilen zu mehr Abholzung führen, wohingegen ein nationaler Ansatz die Rechenschaft über *alle* Emissionen aus *allen* Projekten des jeweiligen Landes vorsieht.

Maßnahmen, die im Bereich des **Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung** finanziert werden, müssen auch die biologische Vielfalt schützen und einen Nutzen für die ansässigen indigenen Völker haben. Der Mechanismus darf nicht zu einer internationalen Subvention für die Holz- und Agrarindustrie werden.

Zertifikate aus dem **Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung** sollten nicht offen auf dem internationalen CO₂-Markt für industrielle Emissionen gehandelt werden können. Märkte wie der CDM sehen für die Teilnehmerstaaten strenge Regeln, eine Überwachung und das Erbringen von Nachweisen vor, die einige der wichtigsten Entwicklungsländer mit tropischen Regenwäldern nicht erfüllen könnten. Würde eine große Zahl billiger Zertifikate aus dem Entwaldungsprogramm in den Handel einbezogen, so würde dies den Markt möglicherweise „überfluten“ und dazu führen, dass die Industrieländer die sofort notwendigen Änderungen auf dem Energiesektor hinauszögern (und stattdessen die billigen Entwaldungspunkte kaufen).

- **Es sollte ein Anpassungsmechanismus mit einer verlässlichen Finanzierung geschaffen werden, der an die wirklichen Bedürfnisse gekoppelt ist und mit einer umfassenden internationalen Anstrengung einhergeht, die derzeit nicht bedarfsgerechten Anpassungsmaßnahmen auszubauen.**

Von den Folgen des Klimawandels werden überproportional die Gesellschaften betroffen sein, die am wenigsten zur Problematik beigetragen haben. Entwicklungsländer verfügen nicht wie die reichen Länder über die Ressourcen, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Häufig sind in ihrer Kultur das Überleben und die wirtschaftliche Tätigkeit vom Land (Landwirtschaft und Jagd) abhängig.

Die derzeit zur Verfügung stehenden Geldmittel, mit denen die prognostizierten Folgen aufgefangen werden sollen, sind weit von dem Volumen entfernt, das eigentlich notwendig wäre: **mindestens 50 Milliarden Dollar pro Jahr**. Nach 2012 muss das System eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Kosten für die Anpassung und die Behebung der Schäden in den anfälligsten Ländern sicherstellen und die hilfsbedürftigsten Gemeinwesen sowie diejenigen, die am wenigsten in der Lage sind, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, bevorzugen.

- **Dieses Maßnahmenpaket muss bis spätestens 2009 vereinbart werden.**

Die CO₂-Märkte und -Transaktionen brauchen politische Sicherheit, wenn ein günstiges Investitionsklima für die Anwendung klimafreundlicher, nachhaltiger Techniken entstehen soll. Es bedarf der Kontinuität, um eine anhaltende und wachsende Verpflichtung zu Emissionssenkungen zu signalisieren, den CO₂-Markt zu stärken und den Preis für das

Kohlendioxid hoch zu halten. Eine Lücke zwischen der ersten und zweiten Phase von Kyoto würde dieses Signal ernsthaft abschwächen und hätte katastrophale Folgen für den CO₂-Preis.

Zusammenfassung

Die Emissionen müssen weltweit bis 2050 um mindestens 50 Prozent gesenkt werden. Mit „angestrebten Zielen“, wie sie auf Foren wie der APEC oder dem „Major Economies Meeting“ in Washington DC formuliert werden, wird die notwendige Emissionssenkung nicht zu erreichen sein. Die Geschichte belegt dies unzweifelhaft. Als die internationale Gemeinschaft erkannte, dass die unverbindlichen Ziele in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen nicht ausreichten, um das Klima zu schützen, einigte sie sich 1997 in Kyoto – für die Industrienationen – auf *verbindliche* Emissionssenkungen.

Das Greenpeace-Szenario zur Energierevolution¹ zeigt auf, dass wir die Emissionen aus dem Stromsektor bis 2050 um 50 Prozent senken können, wenn wir sowohl den massiven Einsatz nachhaltiger erneuerbarer Energien fördern *als auch* die Energieeffizienz verdoppeln.

Es ist noch nicht zu spät, aber es ist wahrlich höchste Zeit. Beunruhigend ist, dass das Klima sich schneller verändert, als wir es uns vorstellen konnten, und die Folgen früher manifest werden als von den Wissenschaftlern vorhergesagt. Die Kosten für die Anpassung an die unvermeidlichen Veränderungen im kommenden Jahrzehnt sind bereits Schwindel erregend. Wenn wir die Warnungen solider Naturwissenschaftler und Ökonomen ignorieren, so wird uns das alle in große Gefahr bringen.

Wir haben keine Zeit für Umwege. Die Regierungen der Erde müssen ihre Gespräche darauf konzentrieren, in Bali ein klar definiertes Mandat für die Verhandlungen über die zweite Verpflichtungsphase des Kyoto-Protokolls zu erteilen.

¹ <http://www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/energyrevolutionreport.pdf>